

Rußlands neuer Realismus

Aus russischen Fachzeitschriften und Wochenzeitungen, 1. Halbjahr 2004

Falk Bomsdorf*

Es ist immer wieder erstaunlich, wie genau und wie schnell sich die politische Lage Rußlands in den Fachzeitschriften und Wochenzeitungen widerspiegelt und bisweilen sogar vorweggenommen wird. Dies gilt auch für das erste Halbjahr 2004, in dem eine große Zahl von Autoren die Politik des Putinschen Rußlands analysiert, kaum daß sie manifest geworden ist. Dabei treten Beschwörungen nationaler Größe, wie sie noch vor kurzem zu lesen waren, eher in den Hintergrund: Mit einem neuen Selbstbewußtsein wird Rußlands gestärkte Stellung als gegeben angesehen. Gleichwohl sind die eigentlich interessanten Artikel eher kritisch gehalten: Gerade die aufgeklärten Autoren lassen sich von dem wieder zu vernehmenden Fortschrittspathos wenig beeindrucken. Dabei stehen für sie neben der ewigen Frage – wie positioniert sich Rußland in der Welt? – vor allem die vielen Aspekte der Modernisierung des Landes im Vordergrund.

In der ersten Nummer der vom Moskauer Carnegie-Zentrum herausgegebenen Zeitschrift *Pro et Contra* macht sich **Dmitrij Trenin**, stellvertretender Direktor des Zentrums, Gedanken zum Thema »Identität und Integration: Rußland und der Westen im 21. Jahrhundert«. Trenin, dessen Aufsätze in dieser Reihe bereits häufig vorgestellt worden sind, gibt mit seinen jetzigen Ausführungen zu erkennen, daß sein Ansatz sich geändert hat. Er ist, wie er selber bekennt, vom Idealisten zum Realisten geworden. So ist es auch zu erklären, daß Trenin in seinem Artikel die Auffassungen des Kreml nicht nur darstellt, sondern auch mit Argumenten unterfüttert, ja sie zunehmend, so jedenfalls scheint es, zu seinen eigenen Ansichten macht.

Der Autor zieht zunächst ein Fazit des ersten Jahrzehnts des »neuen Rußland«. Was die innere Entwicklung betreffe, so sei entscheidend, daß es in Rußland – im Unterschied zu Deutschland nach 1945 und Ostmitteleuropa nach 1990 – nicht zu einem grundlegenden Wechsel der Herrschaftsschicht, sondern nur zu einer Rotation innerhalb der Eliten gekommen sei: Das zweite und dritte Echelon hätten das erste ersetzt. Die Nomenklatura habe also ihre Macht bewahrt und zusätzlich dazu Eigentum erworben. Die alt-neue herrschende Schicht habe ein Imitat von Demokratie geschaffen und sich im übrigen die demokratischen Institute schnell zunutze gemacht. Infolge der Abwesenheit eines *demos* im Sinne einer entwickelten Zivil-

* Der Autor, ehemaliger Mitarbeiter der SWP, ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung

gesellschaft hätten die aktiven und pragmatischen Gruppierungen aus den altersmäßig jüngeren Schichten der sowjetischen Nomenklatura die Früchte des Systemwechsels geerntet. Der erneut autoritäre Staat stütze sich wie bisher auf die Bürokratie, die sich ihrerseits erfolgreich mit dem *biznes* (business) verbunden habe, sich also wirtschaftlich betätige. Die Funktion dieses Systems bestehe nach wie vor in der Bedienung der herrschenden Klasse. Im Verhältnis zum Westen sei eine »Wertelücke« entstanden, bedingt durch die in Rußland anhaltende Dominanz des Staates gegenüber der Gesellschaft und dem Individuum, die Vorliebe für gewaltsame Lösungen, den Paternalismus der Macht und das Bedürfnis wesentlicher Teile der russischen Gesellschaft nach Bevormundung.

In außenpolitischer Hinsicht habe der Kreml, so Trenin, aus den Erfahrungen des ersten Jahrzehnts nach dem Zerfall der Sowjetunion folgende Lehren gezogen:

- ▶ Die internationalen Beziehungen bleiben eine Domäne der Realpolitik, bei der Unterschiede in den Werten der Gesellschaften keine Rolle spielen.
- ▶ Das Hauptinteresse Rußlands zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist umfassende Modernisierung, bei Priorität der wirtschaftlichen Modernisierung. Dabei ist der Westen die wichtigste Ressource, ohne daß man auf dessen umfassende Hilfe rechnen kann.
- ▶ Rußland kann keine Anerkennung oder gar Dankbarkeit für seine einseitigen Schritte erwarten und muß auf der Fixierung westlicher Versprechen von Gegenleistungen bestehen.
- ▶ Eine Konfrontation mit den USA ist für Rußland gefährlich und also von Nachteil. Eine gleichberechtigte Allianz ist nicht möglich, die Stellung des kleineren Partners unannehmbar. Da die USA nur die Sprache der Stärke verstehen, muß Rußland sein nuklearstrategisches Potential erhalten und ausbauen. Auf absehbare Zeit werden die russisch-amerikanischen Beziehungen von einem Gemisch aus begrenzter Partnerschaft

und punktueller Konfrontation bestimmt.

- ▶ Rußland kann wegen seiner Rückständigkeit, aber auch wegen seiner Größe nicht Mitglied der EU werden. Bei aller Bereitschaft zur Entwicklung wirtschaftlicher, politischer und humanitärer Verbindungen darf Rußland nicht zum Objekt einer Politik der »Europäisierung« werden. Die Erweiterung des »normativen Imperiums« Europäische Union stellt für Rußland eine Herausforderung dar.
- ▶ Auch wenn die Nato an Bedeutung verliert, stellt die Erweiterung des Bündnisses ein Risiko für Rußland dar. Eine begrenzte Zusammenarbeit mit der Nato ist möglich, doch eine zu enge Anbindung beraubt Rußland der strategischen Selbständigkeit.

Das »Projekt GUS«

Putins Politik charakterisiert Trenin als »neuen Realismus«. Nach innen ziele der Präsident auf Stärkung des Staates ab, zeige sich also als *gosudarstvennik* (von *gosudarstvo* = Staat); nach außen trete er als *deržavnik* (von *deržava* = Macht) auf, also als Machtpolitiker. Dabei habe die innere Stabilisierung den Charakter einer Teilrestauration; für die Außenpolitik seien Selbstbeschränkung und Konzentration der Kräfte kennzeichnend: Der von der UdSSR ererbte Globalismus mache einem Regionalismus Platz, allerdings einem solchen von kontinentalem Maßstab. Moskau habe unhaltbare Positionen aufgegeben und eine umfangreiche Umgruppierung seiner Kräfte vollzogen; diese seien nun auf die wichtigsten und aussichtsreichsten Punkte hin ausgerichtet. Dazu gehörten insbesondere die Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS): das »neue Osteuropa« (Ukraine, Weißrußland, Moldawien), der Südkaukasus und Zentralasien. Hier liegen laut Trenin die wesentlichen wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und humanitären Interessen Rußlands; hier besitzt Rußland komparative Vorteile

gegenüber seinen Konkurrenten, vor allem den USA und der EU. Und hier, in der GUS, kann die Schaffung eines neuen, russischen »Zentrums von Anziehungskraft« Rußland in den Augen seiner Bürger wieder zur Großmacht werden lassen.

Dabei könne, wie Trenin betont, keine Rede von einer Integration des postsowjetischen Raumes sein. Die russische Führung habe nicht die Absicht, Rußland zum Unterstützer der armen Nachbarn zu machen. Vielmehr gehe es darum, dem russischen Kapital die günstigsten Bedingungen für seine Ausdehnung in die Nachbarstaaten zu verschaffen und dort den politischen Einfluß Moskaus zu stärken, um so eine Berücksichtigung der russischen außen- und sicherheitspolitischen Interessen zu erreichen. Darüber hinaus gehe es um die Bildung eines einheitlichen kulturellen und humanitären Raumes, in dem die russische Sprache, die Traditionen der russischen Kultur und das russische Bildungssystem überwögen.

Diese von Trenin dem Kreml zugeschriebene neue Ausrichtung der russischen Außenpolitik bedeutet nichts anderes, als daß Moskau sich die Früchte des neuen Imperiums sichern will, ohne bereit zu sein, dessen Lasten zu tragen. Ideologisch verbrämt wird all dies, wie Trenin erkennen läßt, durch eine Art russischer Variante der Monroe-Doktrin, wie sie bereits 1992 vorgeschlagen worden sei und heute von den *siloviki* vertreten werde, also den Führungsstrukturen der Sicherheitsapparate. In die gleiche Richtung ziele Anatolij Tschubajts mit seiner 2003 erhobenen Forderung nach einem »liberalen Imperium«, wie es den Interessen des russischen Großkapitals entspreche. Wenn man dann noch die populären Forderungen der Dumafraktion »Rodina« nach Unterstützung der in den ehemaligen Sowjetrepubliken verbliebenen ethnischen Russen hinzunehme, habe man, so Trenin, die wesentlichen Bestandteile eines neuen imperialen Nationalismus, der bereits die weitere Formierung der russischen Außenpolitik beeinflusse.

Gegen Schluß seines Artikels analysiert Trenin Gefahren und Chancen dieses außenpolitischen Kurses. Das »Projekt GUS«, wie er die von ihm skizzierte neue Ausrichtung der russischen Außenpolitik bereits bezeichnet, werde Auswirkungen auf die Beziehungen Rußlands zum – inzwischen wesentlich vergrößerten – Westen haben. Einige Staaten – Trenin nennt die Ukraine und Moldawien – lägen im Anziehungsbereich sowohl der EU wie Rußlands, in den Staaten Zentralasiens und des südlichen Kaukasus überschneiden sich die strategischen Interessen Rußlands und der USA. Trenin sieht die Möglichkeit, daß der Kreml erneut im nahen Ausland, wie er diese Region immer noch oder schon wieder nennt, dominieren will.

Die Beziehungen zwischen der EU und Rußland stützten sich vor allem auf Wirtschaft und Handel. Hier sei inzwischen eine gegenseitige Abhängigkeit offenkundig. Doch eine perspektivische Sichtweise dieser Beziehungen suche man auf beiden Seiten vergeblich. Wenn die EU die Rolle eines globalen politischen Akteurs spielen wolle, könne Rußland mit seinen vielfältigen Ressourcen ein wertvoller Partner im sich verstärkenden globalen Wettbewerb der verschiedenen »Kraftzentren« werden – ein Angebot, das bereits Präsident Putin in seiner Rede vor dem deutschen Parlament im Reichstag gemacht hat. Was die USA betreffe, müsse Rußland aufhören, diese ständig als wahrscheinlichen Gegner zu betrachten; vielmehr müßten die Beziehungen demilitarisiert werden. Die Attraktivität Moskaus als Partner Washingtons werde, so Trenin, in dem Maße wachsen, in dem die wirtschaftliche Macht und der weltweite Einfluß Rußlands zunähmen und die amerikanische Außenpolitik ihr Hauptaugenmerk auf Ostasien verlagere.

Integration und Separation

Zum Schluß seines Artikels stellt Trenin noch einmal heraus, die Hauptaufgabe Rußlands im 21. Jahrhundert sei die um-

fassende Modernisierung des Landes. Der Schlüssel zum Erfolg liege dabei in engen Beziehungen zu Europa und den USA sowie – hier kommt wieder der Idealist Trenin zum Zuge – in der »Aneignung des Systems demokratischer Institute und gesellschaftlicher Werte«. In letzterer Hinsicht könne insbesondere die Entwicklung des Verhältnisses zu Europa die maßgebliche Rolle spielen. Eine Abkapselung von der Europäischen Union verurteile Rußland zu einer immer hoffungsloseren Rückständigkeit. Eine Europäisierung im Sinne der Aneignung europäischer Normen, Regeln und Prinzipien sei also für Moskau eine absolute Notwendigkeit. Freilich müsse Rußland in einem solchen Prozeß die Freiheit der Wahl haben – ein einigermaßen kryptischer Vorbehalt Trenins, der an die Haltung derjenigen in Moskau erinnert, die sich für Rußland nur ein Europa à la carte vorstellen können.

Ein so verstandener Integrationsprozeß sei also notwendig und diene als Instrument der Modernisierung Rußlands. Ein Problem liege allerdings darin – und dies ist Trenins *ceterum censeo* –, daß die Modernisierung des Landes auf den Widerstand einflußreicher Gruppen treffe, denen um des Erhalts und der Reproduktion ihrer Macht willen an der Aufrechterhaltung von Spannungen mit der Außenwelt und, wie man hinzufügen möchte, auch an der Perpetuierung eines autoritären Regimes gelegen sei. Generell seien die Kräfte, die an einer Integration Rußlands interessiert seien, vorläufig noch schwach; sie machten allenfalls 10 bis 20 Prozent des Elektorats aus. Der Generationenwechsel wie auch die Öffnung der Grenzen bewirkten nicht automatisch ein Anwachsen dieser Zahl. Von der Industrie sei nach dem Untergang des oligarchischen Systems in dieser Hinsicht ebenfalls keine Unterstützung zu erwarten; dasselbe gelte mit Blick auf die Mittelklasse, die entweder apathisch sei oder für die »Partei der Macht« votiere. Generell sei im entstehenden Bürgertum kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Einkommensniveau und dem Grad an Auf-

geklärtheit festzustellen. Und die liberalen und demokratischen Parteien seien nicht im Parlament vertreten und befänden sich in einer ernsten Krise. In dieser Situation sei, wie so oft in der russischen Geschichte, der erste und sogar einzige »Europäer« die Macht selbst, sprich Präsident Putin.

Das sind keine guten Perspektiven für die Europäisierung und Modernisierung Rußlands. Wenn der entsprechende Prozeß nicht von der politischen Klasse des Landes und vor allem von der Bürokratie getragen wird, ist er letztlich, wie die russische Geschichte lehrt, zum Scheitern verurteilt. Die russische Elite, aber auch zu einem beträchtlichen Teil die russische Gesellschaft halten, wie Trenin zu Recht schreibt, hartnäckig an dem traditionellen Selbstverständnis des Landes als »Großer Macht« (*velikaja deržava*) fest. Sie sähen die Russische Föderation als Nachfolger nicht nur der Sowjetunion, sondern auch und vor allem des Russischen Imperiums, also des Zarenreiches. Von diesen Kreisen werde, so Trenin weiter, die vielberufene Integration nur als ein Mittel betrachtet, das Rußland helfen solle, weltweit mit größtmöglicher Effektivität die eigenen wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Keinesfalls aber solle Rußland zu einem Teil des Westens werden: Das »neue Rußland« und der »neue Westen« befänden sich im Zustand der *Interaktion*, nicht aber der *Integration*. Nur »in sehr langfristiger Perspektive«, so Trenin zum Schluß seines Artikels in Anklang an seinen bisherigen idealistischen Ansatz, könne Rußland, wenn es sich denn modernisiert habe, die Aufgabe meistern, die sich gegenwärtig als unlösbar erweise: sich in die erweiterte westliche Gemeinschaft zu integrieren, ohne seine Identität zu verlieren. Neben Europa und Amerika, zwischen denen es sich ja befinde, könne Rußland dann die dritte Stütze des Westens werden.

Rußland–Europa: Zusammenarbeit statt Partnerschaft?

Der Artikel Trenins gibt die politische Befindlichkeit des Putinschen Rußlands zutreffend wieder. Er sollte all diejenigen im Westen und insbesondere in Europa nachdenklich stimmen, die sich in ihrer Einstellung gegenüber diesem Rußland nach wie vor vom Paradigma der Partnerschaft leiten lassen. Das Land, das Trenin beschreibt, ist weder partnerschaftsfähig noch partnerschaftswillig. Im »pragmatischen« Kalkül des Kreml figurieren die Europäer denn auch nicht als Partner, sondern als Objekt einer kühl abwägenden und psychologisch klug angelegten Außenpolitik: Europa soll, wie so oft in der russischen Geschichte, erneut genutzt und benutzt werden, um Rußland voranzubringen. Was geschieht, wenn dieser Erfolg einmal erzielt ist? Peter der Große hat darauf seinerzeit die Antwort gegeben, dann könne Rußland Europa getrost wieder den Rücken zukehren. Ist eine solche Antwort auch heute denkbar? Und wie sähe ihre Implementierung konkret aus? Angesichts der unverkennbaren Entwicklung des Landes in Richtung Autoritarismus muß indessen noch eine weitere Frage gestellt werden: Kann der Westen wirklich an der Herausbildung eines starken, aber nicht demokratischen Rußland interessiert sein?

Offen einen Paradigmenwechsel in den russisch-europäischen Beziehungen fordern in der März/April-Nummer der Zeitschrift *Rußland in der Weltpolitik* zwei jüngere Analytiker. **Timofej Bordačev**, stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift und Forschungsdirektor des von Sergej Karaganov geleiteten »Rates für Außen- und Sicherheitspolitik«, und **Arkadij Mošes**, Mitarbeiter des Europainstituts der Akademie der Wissenschaften, nehmen in ihrem Artikel »Rußland: Ist die Modernisierung zu Ende?« zunächst eine kritische Bewertung der Beziehungen zwischen Rußland und der EU vor. Was sie sehen, gefällt ihnen nicht. Die Europäer hätten Moskau klargemacht, daß Moskau im postsowjetischen

Raum nicht mehr nach Belieben schalten und walten könne. Umgekehrt habe der Kreml in einer Reihe von Fragen die »Brüsseler Bürokraten« beschuldigt. Beide Seiten hätten plötzlich erkannt, daß sie trotz der ehrgeizigen Integrationsagenda nicht die gleiche Sprache sprächen und darüber hinaus auch die innere Logik in den Handlungen des Partners nicht verstünden.

Beide Seiten trügen, so die Autoren, ihren Teil der Verantwortung für diese Entwicklung. Rußland habe es versäumt, ein System der Interaktion mit der EU zu schaffen, das deren Bedeutung entspreche. Umgekehrt habe die EU sich als unfähig erwiesen, Beziehungen zu Rußland als einem gleichberechtigten strategischen Partner aufzubauen, der seine außenpolitischen Aufgaben selbst löst und dabei seine Interessen wahrnimmt. Rußland sei nicht bereit, sein Vorgehen den Forderungen der EU anzupassen. Und in einer Reihe von Fällen, unter ihnen das Kyoto-Protokoll, liefen die Erfordernisse der Modernisierung den Bedingungen zuwider, welche die EU Rußland stelle.

Bordačev/Mošes konstatieren eine gewisse Schizophrenie in den russisch-europäischen Beziehungen: Keine Seite sei bereit, einzugestehen, daß sie völlig verschiedene politisch-wirtschaftliche Systeme repräsentieren. Ihre Integration sei folglich, so die Autoren, auf mittlere Sicht unrealistisch. So frage man sich denn auch in Moskau, warum man denn die politischen und rechtlichen Standards der EU übernehmen solle, wenn Rußland nicht einmal entfernte Aussichten auf eine Mitgliedschaft in der EU habe. Und in Europa hänge man zwar nach wie vor dem Modell der »Europäisierung« Rußlands an, in dessen Rahmen das Land die grundlegenden europäischen Normen und Werte akzeptiert. Doch scheint den Autoren, daß dieses Modell zusehends Anhänger verliert: In Europa wachse das Gefühl, daß Rußland prinzipiell *unintegrierbar* sei und daß es ein natürlicher Partner wie auch Rivale *außerhalb Europas* sei.

In dieser Perspektive und angesichts der Tatsache, daß beide Seiten kaum über strategischen Weitblick verfügten, sei es an der Zeit, zu einem mehr pragmatischen Modell überzugehen und die ideologische Grundlage der Zusammenarbeit zu überprüfen. Der Vorschlag der Autoren: Rußland solle seine wiederholt bekundete Überzeugung zur Seite legen, eine europäische Identität zu besitzen, da diese ohnehin nicht durch Beitritt zur EU zu verwirklichen sei. Die Europäische Union ihrerseits könne ihre Doktrin der Europäisierung Rußlands aufgeben, also die Grundlage ihrer Politik der letzten Jahre. Die Autoren formulieren damit einen Paradigmenwechsel vor: weg vom Denkmuster »Integration« und hin zum Modell »Kooperation auf bestimmten Feldern«. Auf diese Weise könnten die russisch-europäischen Beziehungen von hohler politischer Rhetorik befreit und gleichzeitig mehr auf praktische politische Resultate hin ausgerichtet werden.

Sie bekommen jedoch gleich Angst vor der eigenen Courage und rudern erheblich zurück. Ihr Paradigma der Kooperation hat nämlich einen banalen Kern: Es geht, wie die Autoren durchaus erkennen, letztlich um den Austausch von Gütern, sei es wirtschaftlichen oder politischen, und damit um das Prinzip *do ut des*. Das aber, rufen Bordačev und Mošes in offenkundiger Abscheu aus, habe man ja schon einmal gehabt, nämlich zu Zeiten der Sowjetunion. Und damals habe der Import von sowjetischem Öl und Gas den Westen nicht davon abgehalten, den Kreml an den Fronten des Kalten Krieges zu bekämpfen.

Offenbar fürchten Bordačev und Mošes eine Entwicklung wie zur damaligen Zeit, als die Sowjetunion mit ihrer Strategie der friedlichen Koexistenz, die bekanntlich Kooperation auf der staatlichen Ebene mit Auseinandersetzung im gesellschaftlichen Bereich verband, dem Westen unterlag: weil dieser die Auseinandersetzung annahm, annehmen mußte und dabei über die größeren Ressourcen verfügte. Wenn man heute erneut nach diesem Modell vorgehen wolle, laufe das, wie die Autoren es

nennen, auf eine Kooperation der Hoffnungslosigkeit hinaus. Die EU werde natürlich versuchen, ihre Abhängigkeit von russischen Energieträgern zu vermindern, und nicht in die russische Energieinfrastruktur investieren; sie werde danach streben, ihren Einfluß in Zentralasien und im kaspischen Raum zu vergrößern, und werde deren Ressourcen auf den Weltmarkt bringen, sehr zum Wohlgefallen der Amerikaner. Moskau dagegen werde kaum »generelle Partner« finden; sein Streit mit Japan werde nicht zu lösen sein; und die Fähigkeit und vor allem die Bereitschaft Chinas, an der Modernisierung Rußlands teilzunehmen, stehe sehr in Zweifel. Im Ergebnis werde Rußland an die Peripherie der internationalen Politik gedrängt und im gottverlassenen Nordosteurasien eingeschlossen; seine Chance auf eine erfolgreiche Modernisierung sei gering. Angesichts dieser Perspektive wollen die Autoren denn doch lieber an der Europäisierung Rußlands festhalten, wenn auch in modifizierter Form, etwa – man lese und staune – nach dem Vorbild der Beziehungen Norwegens zur EU.

Die Ausführungen von Bordačev und Mošes, so wenig stringent manche Passagen sind, haben doch einen wesentlichen Verdienst: Sie offenbaren das russische Dilemma: Auf der einen Seite sieht man sich auf Europa als Modernisierungsressource angewiesen, ist aber andererseits nicht wirklich bereit, die von den Europäern angebotene oder gar erwartete Partnerschaft einzugehen. Offen ausschlagen möchte man diese Partnerschaft aber auch nicht.

Aussichten der russischen Modernisierung

Wie sind die Perspektiven der inneren Entwicklung des Landes? Diesen Fragen widmet sich in der Märznummer von *Svobodnaja mysl'* Andrej Rjabov, Mitglied des Wissenschaftlichen Rates des Moskauer Carnegie-Zentrums, unter der Überschrift »Die gegenwärtige politische Entwicklung

Rußlands. Probleme und Perspektiven«. Nach Rjabov wird sich in den nächsten Jahren entscheiden, welche Entwicklung das Land nehmen und welche Rolle es in der sich herausbildenden Weltordnung spielen wird. Wolle Rußland zu den modernen, sich dynamisch entwickelnden Gesellschaften gehören, müsse es sich in allen Bereichen umfassend modernisieren. Wie weit diese Forderung geht, mag man an Rjabovs Verständnis von Modernisierung ablesen: Sie ist für ihn eine »sozial-wirtschaftliche-technische Revolution, die das gesamte Leben der Gesellschaft radikal verändert«.

Die Aussichten für eine solch grundlegende Umwälzung beurteilt Rjabov nicht eben optimistisch. Modernisierung erfordere eine Mitwirkung von breiten Schichten der Gesellschaft am politischen und wirtschaftlichen Prozeß, und zwar auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung: jenen des Bundes, der Föderationssubjekte und der Kommunen. Diese unabdingbare Voraussetzung sei indessen nicht gegeben; im Gegenteil schrumpfe der Bereich der öffentlichen Politik zusehends; generell werde politische Tätigkeit zum Monopol der Exekutive.

Ein weiteres Hindernis für die Modernisierung sieht Rjabov in der neuen Elite aus der hohen und mittleren Bürokratie sowie aus der Großindustrie, jeweils in ihrer Verbindung mit staatlichen Strukturen. Diese Gruppierungen hätten ein effizientes System zur Verteidigung ihrer Interessen errichtet, indem sie sich den exklusiven Zugang zu den Ressourcen und zum Entscheidungsprozeß gesichert und alle Konkurrenten aus dem Ausland wie aus Rußland selbst ausgeschlossen hätten. Von diesen Schichten gehe kein Modernisierungsdruck aus; denn sie seien nicht am Wandel, sondern am Erhalt des Status quo interessiert: Er garantiert ihnen die Aufrechterhaltung ihrer Dominanz in Wirtschaft und Politik.

Die neuen Mittelschichten seien vom Staat wie von der Industrie abhängig. Sie hätten sich an die neuen Rahmenbedin-

gungen gewöhnt und einen hohen Lebensstandard erreicht und seien daher ebenfalls an Wandel nicht interessiert, in der Annahme, daß Reformen nur ihren sozialen Status gefährdeten und zur Verschlechterung ihrer materiellen Lage führten. Und die Massen, wie sie in sowjetischer Diktion noch immer genannt werden, also die breiten Schichten der Bevölkerung, darunter die etwa 30 Prozent Armen, drängten, so Rjabov, ebensowenig auf Reformen und den mit ihnen verbundenen Wandel. Sie hätten genug von Umwälzungen jeder Art und seien nur an Ruhe und Ordnung sowie allmählichen Verbesserungen interessiert. Präsident Putin habe in der ersten Amtszeit mit seiner vorsichtigen Politik dieser Stimmungslage genau entsprochen.

Rjabov konstatiert damit eine Stabilität, die den umfassenden Wandel, den er fordert, nicht begünstigt; denn jede grundlegende Reform – das sollten diejenigen im Westen bedenken, die mit Blick auf Rußland Stabilität als höchstes Gut ansehen – hat einen gewissen Grad von Instabilität zur Voraussetzung. Die in Rußland herrschende Stabilität hat für Rjabov zwei Grundlagen: zum einen die strategischen Interessen der neuen Elite, der nicht an der Schaffung einer Gesellschaft liege, die auf Marktwirtschaft, Freiheit und Demokratie beruhe; zum andern die von ihm beschriebenen begrenzten Erwartungen der Bevölkerung. In der Sphäre der Politik spiegele sich die Stabilität in der »gelenkten Demokratie« wider, die – weil sie den Interessen der russischen Elite entspreche – in den nächsten Jahren fort dauern werde.

Welche Perspektiven gibt es? Rjabov glaubt nicht an die »autoritäre Modernisierung«, die, wie manche meinen, dem von ihm geschilderten System entspricht. Eine solche Modernisierung könne durchaus effizient sein, etwa im Falle des Übergangs vom Agrarstaat zur industriellen Gesellschaft. Die Geschichte kenne jedoch kein Beispiel dafür, daß eine autoritäre Modernisierung zur Herausbildung einer postindustriellen Gesellschaft beigetragen habe. Überdies habe sich dieses Modell überlebt,

wie die Länder Ostasiens und Südasiens zeigten. Generell bestehe angesichts der Interessenlage der Bürokratie nicht die Möglichkeit einer »Revolution von oben«. Wozu es aber kommen könne, wenn die Kluft zwischen Reich und Arm sich weiter vertiefe und der Druck in der Bevölkerung zunehme, sei die Schaffung eines autoritären Regimes mit ausgeprägt national-paternalistischen und sozial-populistischen Zügen, also einer Art von »russischem Peronismus«, der auf der antidemokratischen, antiwestlichen und antiliberalen Grundstimmung der Bevölkerung aufbaue – eine insofern interessante Vorhersage des Autors, als gegenwärtig infolge der Sozialpolitik der Regierung die sozialen Unterschiede zwischen oben und unten sehr deutlich hervortreten und eine dementsprechende Protesthaltung unverkennbar ist.

Das alles ist, wie Rjabov weiß, kein befriedigender Ausweg. So bleibt ihm nichts anderes als der – die ganze Verlegenheit und Resignation der Reformer ausdrückende – Hinweis, man müsse wohl oder übel abwarten, bis in der Gesellschaft einflussreiche gesellschaftliche Akteure aufträten, die Träger der Modernisierung sein könnten. Rjabov empfiehlt eine Politik, die auf einen Ausgleich der verschiedenen Interessen ausgerichtete Entscheidungen zulässt. Dies könnte die Risiken der russischen Modernisierung minimieren. Das Land müsse einen Weg einschlagen, in dessen Verlauf das Superpräsidialsystem von einem gemischten System präsidentiell-parlamentarischen Typs abgelöst werde. Doch sei das alles, so Rjabov zum Schluß seines Artikels, eine Sache der unbestimmten Zukunft – eine Feststellung, die alles sagt. Das von ihm eher implizit gezogene Fazit lautet: Eine umfassende Modernisierung Rußlands ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Ansätze russischer Industriepolitik

Was haben diejenigen zum Thema Modernisierung zu sagen, die in Staat und Wirt-

schaft Verantwortung tragen? Im ersten Heft des Jahres widmet sich die Zeitschrift *Svobodnaja mysl'* den Ressourcen des Landes, die ja die Grundlage für seine Modernisierung sind und seine eigentliche Machtbasis bilden. Nach Ansicht von **Sergej Stepašin**, Präsident des Rechnungshofes der Russischen Föderation, stellt sich Rußland für den Westen als ein Land mit einem bedeutenden, aber nur unzureichend genutzten Potential dar, als armes und äußerst ineffizientes Land, das folglich in geopolitischer und geoökonomischer Hinsicht schwach ist. Eine Neubewertung seines nationalen Reichtums und das bemerkenswerte Wachstum der Kapitalisierung der russischen Industrie könnten Rußland zu einem der weltweiten Zentren wirtschaftlichen Einflusses werden lassen. Als Folge würden sowohl Regierungen wie Investoren bald eine andere Haltung gegenüber Rußland einnehmen, würde sich die Agenda im Rahmen der G-8 bald anders gestalten. Der Autor plädiert für eine langfristig angelegte Konzeption, die es gestatte, alle vorhandenen Ressourcen effizient zu nutzen, um so die Wirtschaft zu mobilisieren und zu modernisieren, und zwar – rituelle Verbeugung oder Ausdruck ernsthafter Überzeugung? – nach den »Prinzipien der Marktwirtschaft und denen des demokratischen Staatsaufbaus«.

Aleksandr Lebedev, Vorstandsvorsitzender der Nationalen Reservebank und Präsident des Nationalen Investitionsrates, führt die Argumentation Stepašins weiter: Gemessen an seinen Rohstoffvorkommen und -reserven wie auch am intellektuellen Potential nehme Rußland einen der ersten Plätze in der Welt ein; doch diese Möglichkeiten auszuschöpfen habe das Land nicht gelernt. Beim Lebensstandard belege es den letzten Platz unter den entwickelten Staaten, sein wirtschaftliches Gewicht sei verschwindend gering. Die Direktinvestitionen machten lediglich 0,5 Prozent der allgemeinen Investitionen weltweit aus. Lebedev plädiert vor diesem Hintergrund für eine strategisch durchdachte Industriepolitik und verweist auf die Vorschläge der

von ihm geleiteten Institutionen für eine Transportstrategie sowie für die Schaffung einer »Nationalen Flugzeugbaugesellschaft«, die den Bedarf der russischen Fluglinien an neuen Flugzeugen decken könne. Sein Verweis auf die damit mögliche Erhöhung des Kapitalisierungsgrades der bestehenden russischen Flugzeugindustrie um das Zwanzigfache klingt dabei imponant, ein Eindruck, der jedoch schnell schwindet, wenn man die damit erreichbare Summe zur Kenntnis nimmt: zwei Milliarden Dollar. Lebedev findet diese Summe selbst sehr klein und verweist die russischen Flugzeugbauer deshalb auf die Zusammenarbeit mit Airbus und Boeing, freilich ohne zu erläutern, wie die Zauberformel »internationale Kooperation« die geringen eigenen Ressourcen ersetzen kann, zumal wenn die ausländischen Partner Konkurrenten der zu schaffenden russischen Firma sind. Die Pläne der zuständigen Ministerien, die nach wie vor im Staatsbesitz befindlichen Unternehmen in eine Staatsholding zu überführen, findet Lebedev gänzlich verfehlt. Produzierende Fabriken würden auf diese Weise endgültig zu Reparaturbetrieben für die alte sowjetische Flugzeugtechnik, bis sie dann ihre Existenz aufgeben müßten.

Entscheidend für jede Art von Industriepolitik sei, wie Lebedev zum Schluß seiner Ausführungen betont, die Ausarbeitung einer realistischen Strategie, welche die Erhaltung und intensivierte Nutzung der russischen Ressourcen garantiere, die in forschungintensiven Bereichen konzentriert seien. Nur so könne die russische Volkswirtschaft unter den Bedingungen globalen Wettbewerbs überleben. Darüber hinaus komme es darauf an, die Geschäftswelt (*biznes*) davon zu überzeugen, nicht nach kurzfristigem Gewinn zu streben, sondern langfristig zu denken und zu investieren. Dabei sieht Lebedev Hoffnungszeichen: Die russischen Unternehmer begännen zu begreifen, daß Grundlage wirklichen Wohlstands die forschung-intensive Industrie mit hoher Wertschöpfung sei, nicht aber der Rohstoffbereich.

Damit ist eine der Grundideen der gegenwärtigen russischen Führung ausgesprochen: Der Kreml läßt der Wirtschaft nicht deshalb weitgehende Freiheit, weil Geschäftsleute und Industrielle ihm nahe stehen, sondern weil sie positive Resultate erzielt, die als der Größe Rußlands dienend angesehen werden.

Abschied vom Militarismus

Aleksandr Gol'c, bedeutender sicherheitspolitischer Kommentator, schreibt in *Pro et Contra* über: »Das Haupthindernis der Militärreform: der russische Militarismus«. Das Militär sei während der letzten drei Jahrhunderte ein Schlüsselement der russischen Staatlichkeit gewesen und habe als solches in stärkstem Ausmaß auf das russische Nationalgefühl eingewirkt. Rußland blieb rückständig. Aber diese Rückständigkeit wurde, wie Gol'c in Anlehnung an den amerikanischen Militärhistoriker William Fuller schreibt, zur Quelle umfassender militärischer Macht. Auch in der Sowjetunion sei die Armee alles gewesen; auf sie seien alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anstrengungen ausgerichtet gewesen. Drei Jahrhunderte lang, resümiert Gol'c, habe in Rußland der Mensch den Staat in erster Linie als künftiger Soldat interessiert, in zweiter Linie als Quelle von Mitteln zur Erhaltung der Armee.

Bei alledem, läßt Gol'c erkennen, seien keine qualitativ hochwertigen Streitkräfte entstanden. Bis ins 19. Jahrhundert hinein sei die Fähigkeit, eine beliebig große Zahl von Soldaten zu opfern, die Grundlage der russischen Militärkunst gewesen. Die größte Errungenschaft der russischen militärischen Schule, nämlich der Sieg über Hitlerdeutschland, habe die sowjetische militärische Führung mehr als ein halbes Jahrhundert lang blind gemacht für die Notwendigkeit einer gründlichen Reform von Armee und Staat. Die Folge seien Streitkräfte, deren Basis nicht das Offizierskorps, sondern die schlecht ausgebildete soldatische Masse sei. Der nach wie vor herr-

schende Militarismus behindere nicht nur die normale Entwicklung des Landes; die Generäle stünden auch dem Fortschritt im engeren militärischen Bereich selbst im Wege: Die Armee diene nicht der Vorbereitung auf einen Krieg, sondern den Interessen der Militärs.

Golc' kommt zu einem vernichtenden Urteil: Die russischen Streitkräfte in ihrem gegenwärtigen Zustand seien gefährlich für die Gesellschaft, unter bestimmten Bedingungen aber auch für den Staat. Es kämen allmählich Offiziere an die Schalthebel militärischer Macht, die nicht einmal ein Minimum an Achtung gegenüber der zivilen Macht besäßen.

Was tun? Golc' Antwort läßt die Verlegenheit erkennen, die alle erfaßt, die gegenwärtig die russische Kernfrage beantworten sollen. Erstens müsse die Bevölkerung einsehen, daß sich das existierende militärische System prinzipiell nicht reformieren lasse – seine Zeit sei mit dem Ende der Sowjetunion abgelaufen. Was gebraucht werde, seien also grundsätzlich neue Streitkräfte. Zweitens müsse man darangehen, auch die Eliten aufzuklären. Dabei sei es an der Zeit, die wahre Militärgeschichte Rußlands zu schreiben, und zwar eine auf Fakten und nicht auf Mythen gegründete, die auch die Geschichte des Zweiten Weltkrieges einschließe. Drittens müsse man einen alternativen militärischen Ausbildungsgang an zivilen Hochschulen einführen, weil man nur so, auf breiter geisteswissenschaftlicher Grundlage, Offiziere hervorbringen könne, die den Platz von Streitkräften im Staat ebenso erkennen wie den Grad von Verantwortung des Offizierskorps und dessen Grenzen.

Alle diese Forderungen kann man nur unterschreiben. Aber – und Golc' weiß das am allerbesten – die Verhältnisse, sie sind nicht so. Einen kleinen Hoffnungsschimmer immerhin bedeutet es, daß Präsident Putin im Juli 2004 endlich den anerkannt unfähigen Generalstabschef Kvašnin entlassen und auch drei andere Generäle ihrer Kommandos enthoben hat. Gleichwohl ist zu bezweifeln, daß dieses Vorgehen Zeichen

eines radikalen Umdenkens und eines ebenso radikalen Neubeginns ist, wie Golc' ihn zu Recht fordert.

Versagen des russischen Liberalismus?

Die russische politische Klasse steht der gelenkten Demokratie der Ära Putin auch deshalb überwiegend positiv gegenüber, weil sie in ihr eine konsequente Reaktion auf das sieht, was sie als Versagen der liberalen Kräfte in den neunziger Jahren empfindet. In der dritten Nummer des *Vestnik analitiki* sind unter der Überschrift »Post-sowjetischer Liberalismus: Krise oder Bankrott?« Beiträge von Teilnehmern eines Runden Tisches zu diesem Thema abgedruckt. Dabei gehen **Aleksandr Kara-Murza**, Professor und Leiter eines Akademieinstitutes zur Erforschung der Reformproblematik, und der Politologe **Andrej Piontkovskij** mit den Kritikern des russischen Liberalismus hart ins Gericht. In der Tat, schreibt Kara-Murza, befinde sich das Projekt des Liberalismus in der Krise; aber doch nur deshalb, weil es bisher – und darin liege ein nationales Drama – in Rußland nicht einmal im Ansatz verwirklicht worden sei, ganz im Gegensatz zu allen Ländern der zivilisierten Welt. Den Grund dafür sieht der Autor in der Existenz von zwei Polen im russischen gesellschaftlich-politischen Leben: auf der einen Seite diejenigen, die man verallgemeinernd »Liberale« nennen könne, also reflektierende, tolerante, zu Dialog und selbstkritischer Haltung bereite Menschen; auf der anderen Seite diejenigen, die Kara-Murza »Bolschewiki« nennt und die er als begrenzt, intolerant und schnell bereit zur außergesetzlichen Anwendung von Gewalt charakterisiert. Die Liberalen nun würden in der russischen Geschichte periodisch wiederkehrend von den Bolschewiki »gefressen«. Gegenwärtig sei es wieder so weit: Der russische Liberalismus werde vom vielgestaltigen Bolschewismus, darunter derjenige der herrschenden Bürokratie, verschlungen. Damit triumphiere der Pseu-

doliberalismus der Macht; dieser sei autoritär, gegen das Volk gerichtet, komme nach Räuberart daher und sei frei von jeder Intellektualität.

Piontkovskij wendet sich gegen die Vorwürfe, die Liberalen seien die treibenden Kräfte des Wandels gewesen, der sich zwischen 1985 und 1995 in Rußland vollzogen habe. Dies sei vielmehr die »Partei-KGB-Nomenklatura« gewesen, die ganz bewußt ihr Projekt der Umwandlung ihrer absoluten politischen Macht in umfassende wirtschaftliche Macht einzelner ihrer Spitzenvertreter umgesetzt habe; dabei habe sie in erheblichem Ausmaß Anhänger des Wirtschaftsliberalismus für ihre Zwecke benutzt. Als Ergebnis dieses bürokratischen Projekts konstatiert Piontkovskij gegenwärtig den »Triumph der zynischsten, habgierigsten, sozial verantwortungslosesten Bürokratie«. Erneut habe diese Gruppierung die absolute politische Macht bei sich konzentriert, habe umfassendes Vermögen erworben und überdies die Verantwortung für Zerstörung und Ausraubung des Landes den Liberalen in die Schuhe geschoben.

Piontkovskij sieht den Sieg von Anhängern eines isolierten Wirtschaftsliberalismus in Rußland. Die russischen Wirtschaftsliberalen, zu denen Piontkovskij auch Präsident Putin zählt, seien allein auf die wirtschaftlichen Freiheiten fixiert und lehnten den politischen Liberalismus mit seinen Freiheits- und Beteiligungsrechten ab, und das obwohl, wie der Autor an anderer Stelle schreibt, Rußland bereits zweimal in seiner Geschichte an einem Mangel an Freiheit gescheitert sei: das zaristische wie das sowjetische Imperium seien deshalb zusammengebrochen. Piontkovskij konstatiert also ein Übermaß an wirtschaftlichem Liberalismus und ein Fehlen von politischem Liberalismus, von ihm verstanden als der gesamte Komplex von Ideen und Instituten, der sich seit Jahrhunderten in Europa entwickelt hat, von der Magna Charta bis zur Verfassung der EU, letztlich also als Inbegriff von Demokratie.

Mark Urnov, Direktor eines Beratungsinstitutes und Dekan der politischen Fakultät der Moskauer Hochschule für Wirtschaft, äußert sich nicht so scharf wie Piontkovskij und bewahrt sich einen Rest von ironischer Distanz; gleichwohl ist sein Urteil über die »Macht« eindeutig, wenn er in einem kurzen Artikel in der *Novaja gazeta* vom 7. Juni 2004 unter der Überschrift »Ungeliebt, aber notwendig« ein Plädoyer für die Liberalen in Rußland hält. Urnov sieht klar die Gründe dafür, daß die Liberalen und der Liberalismus in Rußland nicht geliebt werden. Das Ausbleiben des versprochenen Wirtschaftswunders Anfang der neunziger Jahre und die Verschlechterung der Lebensbedingungen habe erstens zu einer »Flucht vor der Freiheit« geführt. Zweitens seien die Folgen des roten »Elitoids«, also die planmäßige Vernichtung und Vertreibung der besten Köpfe des Landes durch die Bolschewiki und das Sowjetregime, bis heute wirksam: In der Elite seien die liberalen Werte schlicht nicht verwurzelt. Drittens schließlich sei die Mentalität der Liberalen selbst eine der Ursachen: In einer merkwürdigen Mischung aus wirtschaftlichem Liberalismus und historischem Materialismus hätten sie geglaubt, daß die Wirtschaft automatisch die Politik und die Moral verändere.

Diese antiliberale Entwicklung hält Urnov für ebenso bedauerlich wie schädlich; denn Rußland brauche den Liberalismus. Wenn sich die russische Gesellschaft nicht das grundlegende liberale Prinzip des politischen Wettbewerbs aneigne, werde es nicht gelingen, eine effiziente Wirtschaft zu schaffen. Und wenn sowohl der einfache Bürger wie die Eliten von der liberalen Kultur nicht eine gewisse Mißachtung der Macht übernähmen, werde diese nicht von ihrer exaltierten Eigenliebe lassen, werde nie begreifen, daß sie nur eine Art Manager auf Zeit sei, angestellt von den Bürgern, mit denen sie gefälligst bei der Erledigung ihrer Angelegenheiten bescheiden und achtungsvoll umzugehen habe. Schließlich erhöhe das russische »Liberalismusdefizit« beträcht-

lich die Gefahr eines aggressiven Nationalismus sowie von Xenophobie.

Was tun? Urnov stellt und beantwortet im letzten Teil seines Artikels die klassische russische Frage. Erstens müsse man verstehen, daß die Liberalen in jeder Gesellschaft in der Minderheit seien und die Funktion hätten, andere politische Kräfte, von den Sozialisten bis zu den Konservativen, vor Fehlern zu bewahren. Zweitens müßten die russischen Liberalen aufklärend tätig werden, und zwar bei jenen gesellschaftlichen Gruppen, die strategisch wichtig und empfänglich für liberale Ideen seien. Drittens schließlich sei ein umfassender Dialog mit den illiberalen Kräften notwendig. Dies könne der erste Schritt auf dem langen Wege bis zur Erfüllung der strategischen Aufgabe sein: der allmählichen Umformung der gegenwärtigen »gelenkten Demokratie« in eine wirkliche Demokratie oder besser in eine auf Wettbewerb beruhende Meritokratie.

Fazit

Es ist dunkler geworden in Rußland. Auch die hier vorgestellten Beiträge – wohl-gemerkt *russischer* Autoren – zeugen von dieser Entwicklung. Wie anders kann man einen nüchternen und gerade in seinem neuen, realistischen Ansatz glaubhaften Analytiker wie Dmitrij Trenin verstehen, wenn er lakonisch bemerkt, daß die Funktion des gegenwärtigen Systems nach wie vor in der Bedienung der herrschenden Klasse besteht? Oder Andrej Rjabovs Feststellung, die neue Elite sei nicht an der Schaffung einer Gesellschaft interessiert, die auf Freiheit und Demokratie beruht? Schließlich Aleksandr Gol'c' Urteil, die russischen Streitkräfte in ihrem gegenwärtigen Zustand seien gefährlich für die Gesellschaft? Diese und andere Autoren mit ähnlichen Urteilen sind, um es pathetisch, aber nicht minder richtig auszudrücken, russische Patrioten und im übrigen ausgewiesene Kenner der Lage. Sie haben die Leistung begrüßt, die Präsident Putin in

seiner ersten Amtsperiode erbracht hat, nämlich die Herstellung von Ordnung und die Stärkung staatlicher Strukturen. Aber sie stellen sich nun die – legitime – Frage, zu welchem Zweck die neue Ordnung und die neue Stärke eingesetzt werden. Ihre Antworten sind nicht ermutigend.

Vorgestellte Veröffentlichungen

Bordačev, Timofej/Mošes, Arkadij, Rossija.

Konec modernizacii? [Rußland: Ist die Modernisierung zu Ende?], in: Rossija v global'noj politike, (März/April 2004) 2, S. 104–117

Gol'c, Aleksandr, Glavnoe prepjatstvie voennoj reformy – rossijskij militarizm [Das Haupthindernis der Militärreform: der russische Militarismus], in: Pro et Contra, 8 (2004) 3, S. 56–68

o.V., Diskussii. O nacional'nom bogatstve Rossii [Diskussion. Über den nationalen Reichtum Rußlands], in: Svobodnaja mysl', (Januar 2004) 1, S. 41–55 [darin die Beiträge von **Aleksandr Lebedev** und **Sergej Stepašin**]

o.V., Postsovetskij liberalizm: krizis ili krach? [Postsowjetischer Liberalismus: Krise oder Bankrott?], in: Vestnik analitiki, 17 (2004) 3, S. 209–252 [darin die Beiträge von **Aleksandr Kara-Murza** und **Andrej Piontkovskij**]

Rjabov, Andrej, Sovremennoe političeskoe razvitie Rossii. Problemy i perspektivy [Die gegenwärtige politische Entwicklung Rußlands. Probleme und Perspektiven], in: Svobodnaja mysl', (März 2004) 3, S. 3–12

Trenin, Dmitrij, Identičnost' i integracija: Rossija i Zapad v XXI veke [Identität und Integration: Rußland und der Westen im 21. Jahrhundert], in: Pro et Contra, 8 (2004) 3, S. 9–22

Urnov, Mark, Neljubimy, no neobchodimy [Ungeliebt, aber notwendig], in: Novaja gazeta, 7.6.2004

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380